

Demographietyp 1:

Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil

Insgesamt sind diesem Cluster¹ 514 Städte und Gemeinden zugeordnet.

Die Beschreibung der Handlungsempfehlungen für diesen Demographietypen stellt einen Orientierungsrahmen für die Kommunen dar. Sie basieren auf einer Analyse der charakteristischen Ausprägung sozio-ökonomischer und demographischer Indikatoren. Dies ersetzt nicht die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune. Spezifische Strategien müssen vor Ort entwickelt werden.

1. Räumliche Einordnung

Die Städte und Gemeinden in Cluster 1 verteilen sich relativ gleichmäßig auf die alten Bundesländer. Regionale Schwerpunkte liegen in Rheinland-Pfalz und in Schleswig Holstein. Nur elf der 514 Städte und Gemeinden befinden sich in Ostdeutschland. Dies sind beispielsweise genau so viele wie im kleinsten westdeutschen Flächenland Saarland.

Cluster 1 repräsentiert einen breiten Mix an Größenklassen. Wenngleich Kommunen bis 25 000 Einwohnern die große Mehrheit stellen, sind die mittelgroßen und großen Städte über 25 000 Einwohnern doch überproportional stark vertreten. Mehr als die Hälfte der deutschen Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern werden diesem Cluster zugeordnet. Die kleineren Kommunen zwischen 5000 und 10 000 Einwohnern sind dagegen unterproportional vertreten. Typisch für dieses Cluster sind Mittelzentren, die zentralörtliche Funktionen für ihr ländliches Umland übernehmen und auch als regionale Arbeits- und Versorgungszentren von überlokaler Bedeutung sind.

¹ Die Begriffe „Cluster“ und „Demographietyp“ werden im Text synonym verwendet.

2. Charakteristische Entwicklungen

Diese Mittelstädte und regionalen Zentren zeichnen sich durch eine weitgehend stabile demographische Entwicklung aus sowie durch einen geringen Anteil an Haushalten mit Kindern. Auffällig ist der überproportional hohe Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen. Die Kommunen bilden häufig einen ökonomischen Verantwortungsraum mit ihrem Umland, für Arbeitszentren verfügen sie allerdings über eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit, wenige hochwertige Arbeitsplätze und einen geringen Anteil an Akademikern in der Wohnbevölkerung.

Stabile Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung ist weitgehend stabil. Die demographische Entwicklung zwischen 1996 und 2003 verlief mit einem Zuwachs von 1,2 Prozent leicht positiv und lag damit leicht unter dem Durchschnittswert aller Städte und Gemeinden von 2,5 Prozent. Trotz einer geringen Abnahme werden diese Werte in Zukunft ähnlich hoch sein.

Die geringe Bevölkerungsdynamik der letzten Jahre wird sich in den meisten Kommunen dieses Clusters fortsetzen. In knapp der Hälfte von ihnen wird die Einwohnerzahl im Jahr 2020 voraussichtlich etwa auf dem heutigen Niveau liegen; für weitere gut 30 Prozent sind rückläufige Bewohnerzahlen, meist zwischen vier und 10 Prozent, prognostiziert. Das übrige knappe Viertel kann mit weiteren meist leichten Bevölkerungsgewinnen rechnen.

Die Geburtenrate ist ähnlich niedrig wie im Bundesdurchschnitt der Kommunen zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern.

Geringer Familienanteil

Mehrpersonenhaushalte mit Kindern liegen mit 32 Prozent deutlich unter dem durchschnittlichen Wert aller Kommunen zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern (39 Prozent). Daran ändert sich auch durch den insgesamt positiven, aber sehr niedrigen Wanderungssaldo bei den Familien (also der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen zusammen mit den unter 18-Jährigen) nichts.

Hoher Wanderungssaldo bei den Bildungswanderern und Berufseinsteigern

Auffällig ist der vergleichsweise hohe Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen. Für diese moderaten Gewinne sind Bildungswanderer und Berufseinsteiger verantwortlich. Auf dem Wohnungsmarkt wird sich die Zunahme an diesen potenziellen Ersthaushaltsgründern bemerkbar machen: In Zukunft werden verstärkt kleinere Wohnungen nachgefragt. Da die meisten Kommunen als Arbeitszentrum fungieren, sind bereits heute die Einpersonenhaushalte verhältnismäßig stark vertreten.

Durchschnittliche Alterungsprozesse

Die Alterung der Bevölkerung dieser Kommunen gleicht im Wesentlichen dem durchschnittlichen Verlauf aller Städte und Gemeinden zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern. So beträgt das Medianalter – der Mittelwert, der die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt – 40,7 Jahre. Der Wert steigt bis zum Jahre 2020 auf 48,3 Jahre an.

Die Mittelstädte und regionalen Zentren werden künftig zu einem bevorzugten Wohnort älterer Menschen. Auffällig ist hier der leicht höhere Anteil der Hochaltrigen über 80 Jahre von 4,6 Prozent im Jahre 2003. Seine Verdopplung auf über 8,0 Prozent bis 2020 ist z.T. die große Zahl der Bäder und Kurorte in diesem Cluster zurückzuführen.

Viele Arbeitsplätze und stabile ökonomische Entwicklung

Prägendes Merkmal dieses Cluster-Typs ist die Konzentration von Arbeitsplätzen. Nahezu drei Viertel der betreffenden Städte und Gemeinden sind regionale Zentren für Berufseinpender. In einem weiteren knappen Viertel entspricht die Zahl der Arbeitsplätze der der Erwerbstätigen. Daraus ergibt sich eine Verantwortungsgemeinschaft dieser Mittelstädte und regionalen Zentren mit ihrem Umland.

Die Steuereinnahmen der Kommunen sind mit 767 Euro pro Jahr und Einwohner relativ hoch. Vergleicht man sie allerdings mit anderen Arbeitszentren, liegen sie eher im mittleren bis unteren Bereich.

Die Arbeitsplatzentwicklung der letzten Jahre verlief weitgehend stabil. Nahezu ein Drittel der Städte und Gemeinden in Cluster 1 verzeichnete Gewinne, die meisten zwischen fünf und zehn Prozent. In den Kommunen mit rückläufiger Beschäftigtenzahl lagen die Verluste selten über zehn Prozent.

Die Arbeitslosenquote beträgt 11,9 Prozent. Sowohl die Verteilung der Arbeitsplätze auf den Dienstleistungsbereich und den verarbeitenden Sektor als auch der Anteil an hochwertigen Arbeitsplätzen bewegt sich im Durchschnitt aller Städte und Gemeinden zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern. Da es sich hier um regionale Arbeitszentren handelt, lassen diese Werte aber auf eine geringe Dynamik und gewisse strukturelle Schwächen schließen.

Die weiteren sozialen und wirtschaftlichen Daten, wie die Verteilung der Einkommensgruppen und die durchschnittliche Kaufkraft, liegen ebenso wie der Anteil an Akademikern und die Erwerbstätigenquote weitgehend auf dem Durchschnittsniveau aller Städte und Gemeinden zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern.

Für diesen Typus verweisen die Durchschnittswerte aber weniger auf Solidität denn auf strukturelle Probleme, da die dynamischeren Arbeitszentren in der Regel höhere Anteile an Akademikern in der Bevölkerung und einen größeren Anteil an oberen Einkommensgruppen aufweisen. Ausländerhaushalte sind überproportional vertreten: Mit knapp acht Prozent liegt ihr Anteil um drei Prozent über dem Durchschnittswert aller Städte und Gemeinden zwischen 5000 und 100 000 Einwohnern.

3. Herausforderungen für die Kommunen im Demographietyp 1

Für die stabilen Mittelstädte und regionalen Zentren ist der demographische Wandel Herausforderung und Entwicklungschance zugleich. Die Herausforderung, den Wandel ohne Wachstum zu gestalten, besteht darin, die Sicherung der Lebensqualität und Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene stets in ihrem Zusammenwirken mit dem Umland im Auge zu behalten und voran zu treiben. Die regionale Perspektive ist für die eigene Zukunftsgestaltung auch darum unerlässlich, weil die zunehmende Konkurrenz um Bewohner und Arbeitsplätze und

die sinkenden Handlungsspielräume der öffentlichen Hand den Ausbau und die Verstärkung regionaler Kooperationen erzwingen.

In diesem regionalen Aktionsfeld liegt gleichzeitig die Chance und Verpflichtung für die stabilen Mittelstädte und regionalen Zentren, sich als Zentrum weiter zu profilieren und ihre zentralörtliche Funktion auszubauen. Aufgrund ihrer Größe und ihrer Funktion haben sie die institutionellen und finanziellen Ressourcen, Initiator und Wegweiser bei der Gestaltung des demographischen Wandels zu sein. Um diese führende Rolle ausüben zu können, sind wirtschaftliche Schwächen, durch die der Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre geprägt war, zu mindern und die Wohnattraktivität für Familien und Besserverdienende zu steigern. Viele der Mittelstädte und regionalen Zentren in Cluster 1 sind mit den Auswirkungen des demographischen Wandels bereits konfrontiert. Darauf gerichtete Handlungsstrategien müssen daher sofort entwickelt und Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Dabei können die Kommunen auf eine relativ günstige Ausgangssituation aufbauen: auf die trotz hoher Arbeitslosenquoten stabile Arbeitsplatzentwicklung der letzten Jahre und die mittelfristig noch stabile Bevölkerungszahl.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Herausforderungen:

- sich als Zentrum weiter zu profilieren und die zentralörtliche Funktion auszubauen und dabei auch als Initiatorin und Wegweiserin die Anforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen
- die Wohnortattraktivität für Familien zu erhalten und möglichst zu steigern
- die technische und soziale Infrastruktur an die Veränderungen der Altersstruktur anzupassen und Potenziale älterer Menschen zu aktivieren
- die Siedlungsflächenpolitik auf Erhalt auszurichten, den Wohnungsbestand aufzuwerten und sich als Wohnstandort zu profilieren
- wirtschaftliche Potenziale zu sichern und auszubauen.

4. Handlungsempfehlungen für die Kommunen im Demographietyp 1

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen haben folgende Handlungsansätze Priorität:

1. Funktion als regionales Zentrum sichern und ausbauen

Die Zukunft der Mittelstädte und regionalen Zentren in Cluster 1 wird davon abhängen, ob sie eine Führungsrolle bei der Gestaltung des demographischen Wandels und bei der Sicherung der Daseinsvorsorge für die Region übernehmen. Ihre Chancen dafür sind günstig, denn zum einen verlangen langfristig tragfähige Infrastrukturen zunehmend zentrale Standorte und vernetzte Strukturen. Zum anderen müssen sich Kommunen regional organisieren, um ihre Leistungsfähigkeit aufrechterhalten zu können.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, brauchen die Kommunalverwaltungen eine klare strategische Orientierung auf lokaler Ebene, die gleichzeitig die Vorteile einer regionalen Kooperation erkennt und ausschöpft.

Handlungsempfehlungen:

1.1 Langfristiges Entwicklungskonzept erarbeiten

Strategien zur Stärkung der zentralen Rolle können sich nicht mehr an Wachstumszielen orientieren. Daher ist es notwendiger denn je, klare Prioritäten zu setzen und knappe Ressourcen gezielt einzusetzen. Eine vorrangige Aufgabe ist die Erarbeitung eines Leitbilds für die Entwicklung der Kommune. Es soll ihre Führungsrolle in der Region dokumentieren und ausführen, wie diese Rolle inhaltlich ausgestaltet wird. Schwerpunkt des Leitbilds ist die Sicherung als Arbeitsplatzzentrum. Darüber hinaus müssen zentralitätsfördernde Maßnahmen in den Bereichen Qualifizierung und Bildung, Einzelhandelsversorgung, Freizeit und Kultur, Gesundheits-Infrastrukturen und anderen regionspezifischen Feldern ebenso wie die Steigerung der Wohnattraktivität für Familien thematisiert werden. Das Entwicklungskonzept sollte durch Ratsbeschluss legitimiert werden.

Bei der Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts sollten folgende Aspekte handlungsleitend sein.

- Entscheidende Voraussetzung für die Handlungsrelevanz des Konzepts ist ein breiter Konsens über seine Ziele. Es sollte daher unter Beteiligung aller politischer Gremien, der Fachressorts und lokaler Akteure aus Gesellschaft und Wirtschaft erarbeitet werden.
- Die Entscheidung über inhaltliche Schwerpunkte ist auf der Grundlage einer Stärken-Schwächen-Analyse zu treffen, welche die Herausforderungen durch den demographischen Wandel thematisiert und die Entwicklungspotenziale der Kommune im Hinblick auf ihre regionale Zentralität identifiziert.
- Ziel sollte es sein, dass andere Kommunen, Landeseinrichtungen sowie öffentliche und private Organisationen die Leitziele akzeptieren und unterstützen. Deshalb sollten bereits bei der Konzept-Erarbeitung Abstimmungen mit relevanten Partnern erfolgen.
- Ein breiter gesellschaftlicher Konsens erhöht die Erfolgchancen des Konzepts. Beteiligungsmöglichkeiten, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und kontinuierliche Presse-Informationen fördern das Bewusstsein, dass „alle an einem Strang ziehen“.

1.2 Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsverfahren auf die demographische Herausforderung einstellen

Die Stärkung der Funktion als regionales Zentrum und die Übernahme der Führungsrolle bei der Gestaltung des demographischen Wandels erfordern zum einen Verwaltungsstrukturen, die den Koordinationsaufgaben gerecht werden und schnelles und flexibles Verwaltungshandeln erlauben. Zum anderen werden Instrumente für Analyse, strategische Planung, Controlling, Information und Kommunikation benötigt.

- Wichtig ist daher der Aufbau neuer und flexiblerer Verwaltungsstrukturen, die projektbezogene Arbeitsweisen unterstützen und ein integriertes Vorgehen statt sektoraler Verantwortlichkeiten unterstützen. Dabei sollte insbesondere die Wirtschaftsförderung zu einer Querschnittsaufgabe ausgebaut werden.

- Für die Umsetzung einzelner Entwicklungsprojekte sollten neue Wege der Aufgabenbewältigung in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) beschrrieben werden.
- Als Grundlage für eine situationsgerechte Planung sollte ein schlankes und handlungsorientiertes Monitoring-System mit kontinuierlich aktualisierten Grundlageninformationen über die sozio-demographische, wirtschaftliche und baulich-räumliche Entwicklung aufgebaut werden. Durch die zeitnahe Abbildung von Wirkungen planerischer und politischer Maßnahmen übernimmt es zudem Controlling-Funktionen und dient damit der Überprüfung und Neujustierung von Strategien. Das Monitoring-System sollte, soweit möglich, um Informationen aus benachbarten Kommunen erweitert und als Grundlage für regional abgestimmte Verfahren, z. B. bei Flächenausweisungen, herangezogen werden.

1.3 Ausbau der regionalen Kooperation

Die Profilierung als regionales Zentrum verlangt eine intensive Abstimmung mit Nachbargemeinden und den Ausbau von Kooperationsbeziehungen über die gesetzlich vorgeschriebenen Formen hinaus. Dafür bedarf es einer neuen Kooperationskultur, die durch Lernen in gemeinsamen vertrauensbildenden Projekten entsteht; Voraussetzung ist, dass beide Seiten Vorteile daraus ziehen.

Kooperationsinitiativen der Mittelstädte und regionalen Zentren sollten ein breites Themenspektrum abdecken. Einerseits sind gezielte Kooperationen und strategische Partnerschaften mit Kommunen einzugehen, die vergleichbare Interessen und Potenziale haben und zu Win-Win-Situationen führen, zum Beispiel bei der Förderung des Tourismus, bei der Wirtschaftsförderung (gemeinsame Marketing-Konzepte) oder bei der Durchführung von Verkehrsprojekten. Da stabile räumliche Strukturen und stabile Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen häufig nur noch durch ein abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen aufrecht erhalten werden können, müssen sich die Kooperationsaktivitäten aber auch auf die konfliktreichen Aufgabenfelder, wie Sicherung der Daseinsvorsorge und Siedlungsflächenentwicklung richten.

▪ **Regionales Infrastrukturmanagement:**

Infrastrukturleistungen werden in Zukunft auf der kommunalen Ebene immer weniger effizient zu leisten sein; nachlassende Nachfrage und veränderte Nachfragemuster sowie begrenzte finanzielle Ressourcen erfordern zunehmend eine interkommunale Arbeitsteilung. Zentrale Bestandteile eines interkommunalen Infrastrukturmanagements sind:

- Bestandsaufnahme von Einrichtungen, Leistungen und Defiziten im Verhältnis zur Nachfrage auf der Grundlage einer Zusammenstellung regional relevanter Daten und eines fortlaufenden Monitorings
- Interkommunale Abstimmung und Entscheidung über Prioritäten der Leistungserbringung, über Umfang, Standorte und Träger der Leistung
- Periodische Evaluation der Leistungsfähigkeit der Einrichtungen und der Form der Arbeitsteilung
- Spezialisierung und Konzentration der Leistungen in einzelnen Kommunen unter Einbeziehung unterschiedlicher Anbieter- und Trägerformen
- Umsetzung innovativer Trägerkonzepte und Unterstützung der Träger bei der Flexibilisierung und Vernetzung von Leistungen

▪ **Regionales Flächenmanagement:**

Aufgrund des demographischen Wandels wird Siedlungsfläche mittelfristig kein knappes Gut mehr sein; daher verliert die Neuausweisung von Bauflächen als entscheidendes Instrument in der interkommunalen Konkurrenz um Bewohner und Arbeitsplätze an Bedeutung. Um das Risiko zukünftiger finanzieller Belastungen für die Städte und Gemeinden und für die gesamte Region zu entschärfen, um den Bestand in den Siedlungskernen nicht zu entwerten und um negative ökologische Folgen zu reduzieren, ist es dringend erforderlich, die Neuausweisung von Siedlungsfläche zu verringern. Das besondere Interesse von Mittelstädten und regionalen Zentren muss darin liegen, ihre Attraktivität in der Region durch die Qualifizierung des Bestandes zu sichern und zu steigern. Wichtige Bausteine für eine bedarfsgerechte und ressourcenschonende Bodennutzung sind:

- Prognosen des regionalen Wohn- und Gewerbeflächenbedarfs

- eine Abwägung zwischen den Qualitäten vorhandener Siedlungsflächen und der Attraktivität von Standorten für die Ausweisung neuer Bauflächen auf regionaler Ebene
- eine Einigung in der Region, Ressourcen auf die Qualifizierung geeigneter Bestände (Bestandsentwicklung vor Neuentwicklung) bzw. auf die Entwicklung neuer Flächen an gut geeigneten Standorten zu konzentrieren
- ein interkommunal abgestimmtes Handlungskonzept, in dem festgelegt wird, welche Standorte für welche Nutzungen stabilisiert, gestärkt und aufgewertet, welche Standorte nicht weiter ausgebaut und welche Standorte für welche Nutzungen neu entwickelt werden sollen
- ein Abstimmungsverfahren für die Ansiedlung großflächiger und regional bedeutsamer Einrichtungen, dabei insbesondere des Einzelhandels
- ein abgestimmtes Verfahren für einen Vorteils- und Lastenausgleich unter den Städten und Gemeinden in der Region.

2. Position als Wirtschaftszentrum stärken

Die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau als regionales Zentrum ist die Stärkung und Profilierung der lokalen Wirtschaftskraft. Dazu müssen die Städte und Gemeinden den wirtschaftlichen Strukturwandel fördern, größere Verantwortung für die Organisation des Arbeitsmarktes übernehmen und die Chancen, die der demographische Wandel für wirtschaftliches Wachstum bietet, nutzen. Dies verlangt eine strategische Orientierung der Wirtschaftsförderung sowohl im Hinblick auf die Sicherung und Stärkung des zukunftsfähigen Bestandes als auch der Förderung neuer Tätigkeitsfelder.

Für die Kommunen in Cluster 1 ergeben sich daraus folgende Handlungsempfehlungen.

Handlungsempfehlungen:

2.1 Initiative zur Stärkung der lokalen Wirtschaft entwickeln

Im Zusammenhang mit dem langfristigen Entwicklungskonzept (vgl. Handlungsfeld 1, „Funktion als regionales Zentrum sichern und ausbauen“) müssen die Kommunen sich auf eine Strategie zur Förderung des wirtschaftlichen Struktur-

wandels einigen. Dabei sind lokale und regionale Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft einzubinden. Die folgenden Aktivitäten sind zentrale Elemente einer solchen Strategie, die als kontinuierlicher Prozess der Wirtschaftsförderung zu gestalten ist.

- Schwerpunktsetzung für die Modernisierung der Wirtschaft und Festlegung von Prioritäten für den Umsetzungsprozess. Dies erfordert als Grundlage eine Potenzialanalyse der Regionalwirtschaft
- Erarbeitung eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der Standortbedingungen und Förderung der Entwicklungschancen kleiner und mittlerer Betriebe. Wichtige Themen eines solchen Handlungskonzepts wären u. a. Nachfolgeregelung, Planungssicherheit am Standort, Informations- und Wissenstransfer, Vereinfachung von Verwaltungsverfahren
- Pro-aktive Ausrichtung der Wirtschaftsförderung mit dem Ziel, die lokalen und regionalen Betriebe bei der Bewältigung ihrer Probleme und der Entdeckung neuer Märkte zu unterstützen und Synergien zwischen Betrieben nutzbar zu machen. Dafür benötigt die Wirtschaftsförderung Kompetenzen in der Analyse, Beratung und Netzwerkbildung
- Förderung von Unternehmensneugründungen und Ansiedlungen
- Erleichterung von Investitionen durch Beschleunigung von Genehmigungs- und Förderverfahren
- Aufbau bzw. Ausbau der Kooperation mit Nachbargemeinden bei der Wirtschaftsförderung.

2.2 Angebot qualifizierter Arbeitskräfte verbessern

In den Mittelstädten und regionalen Zentren ist das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und der Bewohner aufgrund der geringen Zahl moderner und hochwertiger Arbeitsplätze vergleichsweise niedrig. Ihre Zukunftsfähigkeit hängt entscheidend davon ab, dass sie Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen anziehen. Solche Ansiedlungen verbessern auch die Ausgangsposition für Dienstleistungen und Gewerbe mit weniger qualifizierten Arbeitskräften und tragen damit insgesamt zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bei.

Eine weitere Aufgabe ergibt sich für die Wirtschaftsförderung aus der Alterung von Bewohnern und Arbeitskräften. Sie verlangt mittelfristig eine bessere Aus-

schöpfung des Wissens und der Fertigkeiten älterer Beschäftigter. Frühzeitige und kontinuierliche berufliche Weiterbildung ist daher eine zentrale Voraussetzung, um den Bedarf der Unternehmen nach qualifizierten Arbeitskräften und die Standortgunst der Kommune zu sichern. Obgleich die Qualifizierung der Beschäftigten keine originäre Aufgabe der Kommunen ist, können sie in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kammern, Bildungsträgern etc. die Strukturen für die Weiterbildung sichern und die Bereitschaft der Beschäftigten für eine kontinuierliche Qualifizierung fördern. Damit erhöhen sich auch die Chancen, Erfahrungen und Know-how der wachsenden Zahl „junger Alter“ für das Gemeinwesen zu nutzen.

Um sich als Standort für hochwertige Arbeitsplätze zu profilieren, sollten die Mittelstädte und regionalen Zentren die Qualifizierung von Arbeitskräften mit folgenden Aktivitäten vorantreiben:

- Erarbeitung eines Konzepts für einen lokalen Ausbildungs- und Qualifizierungspakt in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit sowie lokalen und regionalen Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft
- Einrichtung einer Leitstelle zur regionalen und überregionalen Vernetzung von berufsdienlichen Weiterbildungsangeboten. Dabei sollte eng mit Schulen, Bildungsträgern, Kultureinrichtungen, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengearbeitet werden. Um alle wichtigen Adressaten anzusprechen, sollte neben traditionellen Formen der Wissensvermittlung und Qualifizierung der Einsatz neuer Medien und neuer Lernformen einen hohen Stellenwert haben
- Initiierung und Unterstützung von Kooperationen zwischen Betrieben für Ausbildung und Qualifizierung ihrer Beschäftigten
- Maßnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um insbesondere die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen und dadurch Qualifikationsreserven zu nutzen. Im Vordergrund steht dabei die Schaffung von Einrichtungen zur Betreuung von Kleinkindern und schulpflichtigen Kindern.
- Unterstützung der lokalen und regionalen Wirtschaft bei Anpassungsmaßnahmen, die durch die Alterung der Belegschaften notwendig werden. Die Aktivitäten können sich auf die Sensibilisierung für das Thema, auf Infor-

mation und Beratung zum Wissenstransfer und auf betriebliche Vernetzungen beziehen.

- Kommunale Initiativen zur Qualifizierung bildungsferner und benachteiligter Gruppen sowie von Bürgern mit unzureichenden Deutschkenntnissen.

2.3 Angebote für Senioren ausbauen

Die Alterung der Bevölkerung schafft Potenziale für wirtschaftliches Wachstum. Die Mittelstädte und regionalen Wirtschaftszentren müssen diesen Markt durch Entwicklung von Produkten und Leistungen für ältere Menschen nutzen. Sie fördern damit zugleich den Strukturwandel und die Modernisierung ihrer Wirtschaftsstruktur und erhöhen ihre Attraktivität als Wohnstandort für ältere Menschen.

Um sich für die Nachfrage älterer Menschen zu profilieren, können die Kommunen die Entwicklung spezialisierter Angebote für Dienstleistungen „rund um ältere Menschen“ initiieren und unterstützen. Dazu gehören nicht nur medizinische und Gesundheitsdienstleistungen, Pflege- und Sozialdienstleistungen, sondern auch Neubau und Umbau von Wohnungen, Service und Beratung sowie Angebote für Freizeit, Bildung und Kultur. Wichtig dabei ist die Orientierung auf Zielgruppen und ihre spezifischen Ansprüche und Bedürfnisse.

- Kommunale Wirtschaftsbetriebe sollten Dienstleistungen anbieten, die gezielt auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingehen.
- Die kommunale Wirtschaftsförderung hat die Aufgabe, Impulse für die Stärkung der „Seniorenwirtschaft“ zu setzen. Sie sollte in Zusammenarbeit mit Kammern und Interessengruppen älterer Menschen die lokale Wirtschaft zur Herstellung von Produkten und Dienstleistungen anregen, die die Anforderungen älterer Menschen erfüllen.
- Städte und Gemeinden in Tourismusregionen müssen ihre Angebote an die Urlaubs- und Freizeitbedürfnisse einer alternden Bevölkerung anpassen.

3. Profilierung als attraktiver Wohnstandort für Familien

Die Mittelstädte und regionalen Zentren in Cluster 1 müssen den Trend, dass Wohnen in Zentren wieder attraktiver wird, durch die Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität für Familien für sich nutzen. Sie können damit ihre Schwächen

wie einem geringen Anteil von Familien, Akademikern und Besserverdienenden begegnen. Die Erhöhung der Wohnqualität verbessert ihre Chance, sich als regionales Zentrum zu etablieren, weil sie die Bürger an die Kommune bindet und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass einpendelnde Erwerbstätige und junge mobile Menschen sich für die Kommune als Wohnstandort entscheiden. Gleichzeitig unterstützen attraktive Wohn- und Lebensbedingungen Maßnahmen zur Ansiedlung hochwertiger Arbeitsplätze; denn Erfolge der Betriebe bei der Rekrutierung von hochqualifizierten Arbeitskräften hängen zunehmend von der Qualität weicher Standortfaktoren ab.

Handlungsempfehlungen:

3.1 Qualität weicher Standortfaktoren verbessern

Die Wohn- und Lebensqualität und das Image eines Ortes beeinflussen in hohem Maße die Ortsbindung und die Zuwanderungsbereitschaft von Familien und gut ausgebildeten jungen Menschen. Diese Qualitäten werden durch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, das städtebauliche Ambiente, eine „nette“ Innenstadt, die zum Einkaufen und Bummeln verleitet, sowie Kultur- und Freizeitangebote geprägt. Die Profilierung als regionales Zentrum erfordert daher, die Qualität der weichen Standortfaktoren in der Kommune kritisch zu bewerten und sie durch geeignete Maßnahmen aufzuwerten. Da nicht mit einem größeren Bevölkerungswachstum zu rechnen ist, müssen die neuen Qualitäten überwiegend aus dem Bestand und mit den vorhandenen Potenzialen geschaffen werden.

Zur Erhöhung der Attraktivität als Wohnstandort sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Aufwertung des Zentrums durch die Konzentration von Stadtplanung und baulichen Investitionen auf den Bestand im Ortskern („Innenentwicklung vor Außenentwicklung“). Damit wird zugleich das Risiko verringert, dass durch Siedlungsflächenerweiterungen die Werte von Immobilien und Infrastrukturen im Kern der Orte sinken. Bei der Gestaltung von Freiflächen muss sichergestellt werden, dass sie die Ansprüche von Familien erfüllen (Nutzbarkeit, Sicherheit); dies kann durch die Etablierung eines Familien-Checks unterstützt werden.

- Stärkung der Innenstadt bzw. des Siedlungskerns als Einkaufszentrum durch städtebauliche Aufwertung sowie Initiierung und Unterstützung von Aktivitäten des lokalen Gewerbes und der Grundstückseigentümer.
- Ausbau und Differenzierung der Angebote für Sport und Freizeit, um unterschiedliche Nutzerinteressen zu bedienen. Die Kommune muss nicht alles selbst bereitstellen, aber sie kann Vereine, Wirtschaft, Verbände und Bürger durch Information, Beratung und Koordination bei der Entwicklung und Erweiterung eigener Angebote unterstützen.
- Förderung einer „Stadtkultur“ durch Initiierung und Pflege eines Diskurses zur Ortsentwicklung mit den Bürgern. Er sollte die öffentliche Diskussion zur Entwicklungsperspektive von Ortsteilen anregen, persönliches Engagement der Bürger aktivieren und ihre Einflussmöglichkeiten auf die Ortsentwicklung erhöhen. Dabei sollte besonderer Wert auf die Einbindung von Kindern und Jugendlichen gelegt werden, um die Wohnqualität für Familien zu erhöhen.

3.2 Familiengerechte Wohnangebote ausbauen

Familiengerechte Wohnangebote zeichnen sich durch einen Mix unterschiedlicher Wohnungstypen und familien- bzw. kinderfreundliche Wohnumfeldbedingungen aus. Ein erster Schritt zum Ausbau des Angebots familiengerechter Wohnungen ist daher eine Bestandsaufnahme, um Defizite und Lücken zu ermitteln. Sie sollte die betroffenen Bürger einbeziehen und durch aktivierende Verfahren Hinweise für zukunftsfähige und innovative Projekte liefern.

Die Bestandsaufnahme muss klären, für welche Gruppen das Wohnungsangebot in der Kommune nicht attraktiv ist, welche Möglichkeiten und Unterstützungsangebote es für Familien gibt, Wohneigentum zu schaffen, welche Wohnlagen ein kinderfreundliches Wohnumfeld bieten, welche Potenziale für neue Wohn- und Trägerformen oder Besitzverhältnisse bestehen (z. B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhaus, genossenschaftliche Wohnprojekte). Auf dieser Informationsgrundlage können Strategien zur Aufwertung, Ergänzung und Umstrukturierung entwickelt werden. Für ihre Umsetzung sind:

- Immobilienwirtschaft, Kreditinstitute und Grundbesitzer einzubinden;

- in der Verwaltung projektorientierte Arbeitsformen und eine dezernatsübergreifende Zusammenarbeit von Planung, Städtebau, Soziales, Jugend, Familie zu organisieren;
- Verfahren für eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu etablieren.

3.3 Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern

Ein attraktiver Wohnstandort zeichnet sich dadurch aus, dass er die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, die Bildung von Kindern und Jugendlichen fördert und ihnen vielfältige Betätigungs- und Einflussmöglichkeiten bietet.

Die Städte und Gemeinden sollten dafür folgende Maßnahmen verfolgen:

- Sicherung ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten für Kinder jeden Alters
- Schaffung von Angeboten, mit denen insbesondere Kinder aus bildungsfernen und ausländischen Haushalten frühzeitig gefördert werden
- Verantwortlichkeit in der Verwaltung schaffen, um Anforderungen von Kindern und Jugendlichen an die Kommune aufzuspüren und erforderliche Maßnahmen umzusetzen. Dabei sollte sowohl mit Kindern und Jugendlichen als auch mit ehrenamtlichen Betreuern, ortsverbundenen Betrieben, Vereinen etc. eng zusammengearbeitet werden.

3.4 Hochwertiges Schulangebot sichern

Die Qualität der Schulen ist für junge Familien und für hochqualifizierte Arbeitskräfte eines der wichtigsten Kriterien für die Wahl ihres Wohnstandorts. Die Profilierung als Wohnort für Familien und Besserverdienende verlangt daher von den Mittelstädten und regionalen Zentren, alle Kräfte auf die Bereitstellung hochwertiger Ausbildungsmöglichkeiten zu konzentrieren.

- Städte und Gemeinden müssen in ihren Schulbestand investieren, um sich durch baulich hochwertige und gepflegte Schulgebäude und Schulgelände zu profilieren.
- Sie sollten Gesprächsrunden und Abstimmungsprozesse zwischen Schulleitern und Lehrern mit Vertretern der örtlichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Interessensgruppen initiieren und fördern, um die Qualität des Schulan-

gebots zu verbessern (siehe dazu auch Projekt „Selbständige Schule“ und weitere Projekte der Bertelsmann Stiftung im Bildungsbereich)

- Nicht-staatliche Schulen und Initiativen zur Ansiedlung von Schulen in freier Trägerschaft sollten unterstützt werden, da sie das Ausbildungsprofil der Kommune stärken und die Konkurrenz die Qualität der Ausbildung steigern kann.
- Ein Rückbau des Schulangebots ist aufgrund der demographischen Veränderungen unerlässlich. Um die Qualität und den Ruf des Schulstandorts zu erhalten und um zu politisch und sozial tragfähigen Entscheidungen zu kommen, müssen Anpassungsmaßnahmen in enger Abstimmung mit den Eltern und mit der örtlichen Öffentlichkeit vorgenommen werden.
- Die Städte und Gemeinden müssen, im Interesse der Qualifizierung und Integration von Kindern ausländischer Herkunft, aber auch der Qualifizierung deutscher Kinder dafür sorgen, dass Sprachförderung ein Ausbildungsschwerpunkt in den ersten Jahrgängen ist.

Darüber hinaus ist es erforderlich, weitere Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit zu ergreifen und die Bausteine einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik vor Ort in praktikable Modelle zu überführen. Nähere Ausführungen dazu finden sich in der Rubrik „Handlungskonzepte zu Politikfeldern“.

Wissenschaftliche Begleitung: Ruth Rohr-Zänker, Carl-von-Ossietzky Universität, Oldenburg

Ansprechpartner Bertelsmann Stiftung: Kerstin Schmidt und Carsten Große Starmann

Dezember 2005